

Ministerin

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Herrn Vorsitzenden des
Europaausschusses
Wolfgang Baasch, MdL
Postfach 7121
24171 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/132

19. September 2017

**3. Sitzung des Europaausschusses am 13. September 2017
Übersendung des Sprechzettels zu TOP 1**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

wie in der Sitzung am 13. September 2017 zugesagt, übersende ich anbei den
Sprechzettel zu TOP 1: Vorstellung der Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucher-
schutz und Gleichstellung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Sabine Sütterlin-Waack

Anlage

Sitzung des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages am
13.09.2017

TOP 1: Vorstellung von Europaministerin Dr. Sütterlin-Waack

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

zunächst einmal vielen Dank, dass ich heute die Gelegenheit erhalte, mich und meine europapolitischen Schwerpunkte hier im Europaausschuss vorzustellen.

Und eines möchte ich gleich bei meinem ersten Statement hier ganz deutlich sagen: Diese Landesregierung steht zur europäischen Idee – ohne Einschränkung und Relativierung. Dies ist die wichtigste Aussage im europapolitischen Teil des Koalitionsvertrages.

Bei allen Unterschieden in Einzelheiten, die uns in diesem Ausschuss begleiten werden: Diese Landesregierung führt den breiten europapolitischen Konsens fort, der die demokratischen Parteien und Fraktionen hier im Landtag verbindet.

Wir werden populistischen und antieuropäischen Tendenzen entgegentreten, in der Öffentlichkeit und auch hier im Landtag.

Ich werde Bewährtes fortführen, aber natürlich auch eigene Schwerpunkte setzen und an einigen Stellen den europapolitischen Kurs neu ausrichten. Haben Sie bitte Verständnis dafür, dass ich Ihnen jetzt noch kein ausgefeiltes europapolitisches Programm in allen Einzelheiten vorlegen werde.

Im Koalitionsvertrag haben wir eine ganze Palette von Ziele und Themen verabredet. Die Umsetzung wird aber natürlich nicht innerhalb der nächsten sechs Wochen stattfinden. Dafür nehmen wir uns die Zeit, die wir brauchen. Aber ein paar Eckpunkte möchte ich doch nennen:

- Ostseekooperation war und bleibt das Herzstück der Europapolitik des Landes. Hier arbeiten wir seit vielen Jahren an vielen Stellen fleißig mit. Wir werden uns in den nächsten Jahren mit einer Reihe von Herausforderungen auf europäischer

Ebene beschäftigen müssen, die auch auf die regionale Ebene durchschlagen. Dies fängt bei konkreten Entscheidungen über Art und Höhe der Finanzierung der EU-Politiken – dazu werde ich nachher berichten – und hört bei der schwierigen Politik der russischen Regierung auch in Bezug auf die regionalen Partnerschaften nicht auf.

Hier stellt sich mir die Frage: Welche konkreten Interessen hat hier Schleswig-Holstein? Wo wollen, wo müssen wir mitreden? Wo können wir wirksam Einfluss nehmen? Welche Rolle wollen wir auf europäischer Ebene spielen? Und haben wir wirklich die nötigen Instrumente?

Oder sind wir hier in den letzten Jahren vielleicht an der einen oder anderen Stelle zu sehr in Routine verfallen? Dies alles will ich mir kritisch ansehen.

- Die enge und notwendige Zusammenarbeit mit Dänemark wird weitergeführt. Mit der Rahmenvereinbarung, die in der letzten Legislatur abgeschlossen wurde, gibt es eine feste Grundlage, die wir weiterentwickeln müssen.

Auch hier werden wir prüfen, in welchen Schwerpunkten wir zusammen mit unseren Partnern nachlegen müssen und in welchen regionalen Räumen wir weiterdenken müssen. Dies alles wird das Europaministerium natürlich in enger Zusammenarbeit mit den anderen Ressorts machen.

Und ich werde prüfen, wie wir die direkte Zusammenarbeit mit den Regionen Süddänemark und Seeland stärker ergänzen durch den Ausbau der direkten Kontakte mit der dänischen Regierung in Kopenhagen. Ich freue mich daher sehr auf die Gespräche, die ich zusammen mit dem MP bald mit der dänischen Regierung führen werde

- Europapolitik deckt auf der Seite der Landesregierung alle Fachthemen ab – und damit auch die Zuständigkeiten der Fachressorts.

Ich will aber ganz deutlich darauf hinweisen, dass Europapolitik deswegen keine Domäne allein der Landesregierung ist. Wirtschaft, Wissenschaft, Schulen, Kultur, Umwelt, Verbände, Tarifpartner sind alle Akteure von Europapolitik. Hier werden nicht nur EU-Fördermittel und EU-Gesetze umgesetzt, sondern hier müssen auch eigene Interessen auf europäischer Ebene selbst und selbstbewusst vertreten werden.

Und vielleicht liegt es an meinem Amt als Bürgermeisterin von Lürschau: die kommunale Ebene gehört auch dazu. Ich würde mich daher sehr freuen, wenn es möglich wäre, zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden die Zusammenarbeit noch weiter zu intensivieren, um die Europafähigkeit der kommunalen Ebene noch weiterzuentwickeln.

Vielen Dank.